



## **Medieninformation**

IG Metall Thüringen

29. März 2011  
Nr. 15/2011

### **Kontrakt für faire und sichere Arbeit**

### **IG Metall: Schluss mit der Doppelsubventionierung der Leiharbeit**

**Frankfurt/ Erfurt.** Die IG Metall fordert die Landespolitik und die Landesregierungen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland auf, dem Beispiel Thüringens zu folgen und eine gemeinsame Initiative zur Eindämmung der Leiharbeit in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie zu starten. In Thüringen hatte sich am Montag die Gewerkschaft mit der Landesregierung auf einen Kontrakt für faire und sichere Arbeit verständigt. Zu ihm gehört insbesondere die Änderung der Investitionsförderung, die die Landesregierung zum 1. April beschlossen hat.

Ab diesem Zeitpunkt werden Unternehmen, in denen der Anteil der Leiharbeiter 30 Prozent der Gesamtbelegschaft überschreitet, künftig von der Wirtschaftsförderung durch die Landesregierung ausgeschlossen. Unternehmen mit einem Anteil von Leiharbeitern zwischen 10 und 30 Prozent aller Beschäftigten erhalten nur noch den Basisfördersatz (d.h. KMU 20 Prozent, Großunternehmen 15 Prozent der Investitionssumme).

„Solche Initiativen müssen bundesweit Schule machen“, forderte IG Metall Bezirksleiter Armin Schild. Es müsse Schluss sein mit der doppelten Subventionierung der Leiharbeit. Einerseits bekämen Leiharbeitnehmer Armutslöhne, die durch staatliche Transferleistungen in Milliardenhöhe auf Hartz IV-Niveau hochsubventioniert werden müssen. Das sei verdeckte Subvention von Leiharbeit. Andererseits erhielten viele Entleihbetriebe zusätzliche Mittel aus der Wirtschaftsförderung, obwohl sie sich mit überdurchschnittlichen Leiharbeitsquoten aktiv an der Verdrängung von Stammbeschafteten beteiligten.

Die IG Metall unterstützt ausdrücklich den Thüringer Wirtschaftsminister in den Bemühungen für mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen zu wollen. Leiharbeit führe zu Ungleichbehandlung und sozialen Verwerfungen. Auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft müsse Qualität und nicht Lohndumping dominieren, so der Gewerkschafter.

Die IG Metall kündigte an, mit Arbeitgeberverbänden und Entleihbetrieben in den vier Bundesländern Gespräche aufzunehmen, nur noch faire Leiharbeit einzusetzen. Ebenso werde man in Kürze Gespräche mit den Zeitarbeitsfirmen führen, um tarifliche Regelungen zur Begrenzung und Regulierung der Leiharbeit in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie zu vereinbaren.

**IG Metall Bezirk Frankfurt für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen  
Presse, Medien, Kommunikation**

[bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de](mailto:bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de)

<http://www.igmetall-bezirk-frankfurt.de>

Tel.: 069-6693-3303 /mobil: 0170-3333-667

Verantwortlich: Jörg Köhlinger